

Kohnert, Dirk

Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)

Westafrika - 1999

Suggested Citation: Kohnert, Dirk (2000) : Westafrika - 1999, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1999: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Leske + Budrich, Opladen, pp. 85-91

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301832>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Westafrika - 1999

Politische Entwicklung

Die politische Entwicklung in Westafrika war gekennzeichnet von bemerkenswerten **Widersprüchen im Demokratisierungsprozeß**: Während in der Côte d'Ivoire, die in den Augen der Weltöffentlichkeit jahrzehntelang als Hort innenpolitischer Stabilität galt, eine zunehmende Polarisierung von Regierung und Opposition im Dezember zu einem Militärputsch führte, leitete das seit Jahren von Putschen und Militärdiktatoren tyrannisierte Nigeria mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Februar einen grundlegenden Wandel hin zu einer nachhaltigen Demokratisierung ein. Auch in Guinea-Bissau bewirkten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 28.11. nach zweijährigen gewaltsamen innenpolitischen Auseinandersetzungen die Abkehr vom autokratischen Regime des Staatspräsidenten „Nino“ Vieiras und das Ende der 25-jährigen Transitionsphase der Herrschaft der ehemaligen Befreiungsbewegung der PAIGC. Manipulierte Kommunalwahlen im Niger im Februar waren ein Auslöser des Militärputsches am 9.4., bei dem Staatspräsident Maïnassara ermordet wurde; der Interims-Militärregierung gelang es, die innenpolitische Lage zu stabilisieren, u. a. durch Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Oktober und November. Benin bestätigte durch die Parlamentswahlen vom 30.3. seinen Ruf als Leitbild des Demokratisierungsprozesses im frankophonen Afrika, während im benachbarten Togo das Eyadéma-Regime vergeblich versuchte, die staatlich sanktionierte Wahlfälschung der Präsidentschaftswahl von 1998 durch die von der Opposition boykottierten Parlamentswahlen am 21.3. zu legitimieren. In Sierra Leone zeichnete sich zum Jahresende ab, daß der im Juli in Lomé ausgehandelte Waffenstillstand die jahrelangen Gewaltexzesse der *warlords* nicht dauerhaft eindämmen konnte. Senegal und Ghana standen ganz im Zeichen der Vorbereitung des Präsidentschaftswahlkampfes und der erwarteten *alternance* der politischen Führung im nächsten Jahr.

Bemerkenswert war auch die **veränderte Rolle der ehemaligen Kolonialmächte** oder Geber von Entwicklungshilfe und deren externer politischer Berater afrikanischer Führer. Während besonders im frankophonen Afrika früher die Grauen Eminenzen der *messieurs Afrique* verdeckt im Hintergrund die Geschicke afrikanischer Staaten oft entscheidend mitbestimmten, berät seit dem franko-afrikanischen Gipfeltreffen von La Baule (1989) zunehmend ein neuer Typus des französischen Kommunikationsexperten

afrikanische Präsidenten wie Gnassingbé Eyadéma, Abdou Diouf oder Konan Bédié. Deren Leistungen vermarktete im Berichtsjahr ein „gekaufter“ Journalismus zwar parteilich aber durchaus offensiv und effektiv, auf Machterhalt zielend, in einflußreichen Medien im In- und Ausland. So gelang es mit konservativen bis rechts gerichteten französischen Parteien mehr oder weniger eng liierten Kommunikationsexperten, wie Thierry Saussez, Claude Marti oder François Blanchard, sowohl gegenüber den potentiellen Wählern als auch gegenüber der internationalen Gebergemeinschaft das Bild menschenrechtsverachtender Herrscher wie Eyadéma nachhaltig aufzupolieren.

Im Kampf um die politische Macht nahm das Schüren und die **Instrumentalisierung von Fremdenfeindlichkeit** eine neue politische Dimension ein, wie der sich zuspitzende ivoirische Wahlkampf zwischen Bédié und Alassane Ouattara unter Bédiés Doktrin der *Ivoirité* zur Diskriminierung der Einwanderer aus dem benachbarten Mali und Burkina im Allgemeinen und Ouattaras im Besonderen Ende des Jahres zeigte. Bei diesem Konkurrenzkampf der Machteliten zeigte sich immer wieder, daß es im Endeffekt mehr um die Erhaltung oder Eroberung von Pfründen (die "Politik des Bauches", Bayart) ging, und instrumentalisierte ideologische, religiöse oder ethnische Gegensätze die wahren Gründe der oft mit gewaltsamen Mitteln ausgetragenen Konflikte nur verschleierten. Konflikte um die Kontrolle des illegalen Diamantenhandels in Sierra Leone und Liberia oder die Instrumentalisierung der Forderung nach Einführung islamischen Rechtes (*sharia*) in Nordnigeria als Reaktion auf die Niederlage der „Kaduna Mafia“ bei den nigerianischen Präsidentschaftswahlen sind dafür Beispiele.

Westafrikanische Staaten, wie die Côte d'Ivoire, Ghana, Kamerun, Nigeria und Senegal waren aus den gleichen Gründen der Pfründenwirtschaft auf der Hitliste der korruptesten Staaten der Welt, die *Transparency International* gemäß der Einschätzung der internationalen Geschäftswelt jährlich aktualisiert, überproportional vertreten. Die neue Wahrnehmung und Einschätzung des **Korruptionsproblems** seit der Wende der 1990er Jahre, die sich u. a. in zunehmender politischer Konditionierung der Entwicklungshilfe niederschlug, wurde im November durch die Bekanntgabe der Weltbank verdeutlicht, in 48 Ländern Anti-Korruptionsprogramme in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen zu fördern. Unter den 16 betroffenen afrikanischen Ländern befanden sich sieben westafrikanische: Benin, Burkina Faso, Ghana, Guinea, Kamerun, Mali und Nigeria.

Zum Teil schon Jahrzehnte andauernde **länderübergreifende Konflikte** trugen weiterhin zur Destabilisierung der Region bei. Neben Sierra Leone und Liberia (s. Länderartikel) waren Senegal und Guinea-Bissau betroffen durch den **Casamance**-Konflikt und die Unterstützung der Rebellen der MFDC (*Mouvement des forces démocratiques de la Casamance*) seitens politischer und militärischer Kräfte in Guinea-Bissau sowie durch die für die Regierung in Dakar zwar sehr kostspielige (F CFA 2,5 Mrd.) aber vergebliche Intervention senegalesischer Truppen zur Rettung des Vieira-

Regimes 1998/99. Die Konfliktparteien unternahmen mit dem am 27.12. in Banjul (Gambia) unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen einen erneuten Versuch zur Beilegung dieser Krise. Sie beschlossen, eine Beobachterkommission (*Mission d'observation de accords de paix en Casamance*, MOCAP), zusammengesetzt aus Vertretern der senegalesischen Armee, der MFDC, Guinea-Bissaus und Gambias zur Einhaltung des Friedensabkommens einzusetzen, was allerdings bisher nicht geschah. Dieser weitere Versuch der Krisenprävention galt angesichts der Abspaltung eines radikalen Flügels der MFDC und der *hidden agenda* aller Konfliktparteien ohnehin als wenig erfolgversprechend.

Der radikale Flügel der **Rebellenbewegungen der Tuareg und Tubu**, die sich im Niger zur *Résistance armée de l'Air, de l'Azaouak, du Manga und du Kawar* zusammengeschlossen hatten, warfen der Regierung mehrfach vor, den seit 1995 in mehreren Stufen unterzeichneten Friedensvertrag sabotiert zu haben. Konflikte gab es vor allem um die unzureichende Integration ehemaliger Widerstandskämpfer, extra-legale Hinrichtungen (im Januar erklärte der Führer der *Front Démocratique du Renouveau* (FDR), daß im Grenzgebiet zu Nigeria und Tschad nach einem Manöver Ende 1998 über 100 Tubu massakriert worden seien; ein Massengrab mit 150 ermordeten Tubu-Zivilisten wurde im Januar 1999 gefunden), Vertreibung (950 Tubu-Flüchtlinge waren 1998/99 in Nigeria zur Rückkehr nach Niger gezwungen worden, von denen 147 vermißt wurden) und mangelnde Teilhabe an staatlichen Entwicklungsprogrammen. Amerikanische und kanadische Kreise, die an den Erdölvorräten der Region interessiert sind, wirkten vermittelnd. Auch im Mali kamen die Tuareg-Rebellen der *Mouvement Populaire de l'Azawad* (MPA) nicht zur Ruhe; den Raubzügen und Plünderungen bei denen es nicht zuletzt um die Kontrolle des Schmuggels ging, vermochte die Armee keinen effektiven Widerstand entgegen zu setzen. Eine Lösung dieses Problems könnte nur im überregionalen Rahmen gefunden werden. Die deutsche EZ hatte mit den Rückführungsprogrammen in Mali und Niger detaillierte und weitgehend positive Erfahrungen, die noch ausbaufähig wären.

Im **Krisenherd Sierra Leone und Liberia** kristallisierte sich im Laufe des Jahres immer deutlicher heraus, daß die Rebellen, aber auch Entscheidungsträger auf Regierungsseite, weniger um die Durchsetzung antagonistischer politischer Ideale kämpften, als um die Kontrolle über die Kriegsbeute, insbesondere den **illegalen Diamanten- und Waffenhandel**. Nach Expertenschätzungen kommen jährlich ca. \$ 70 Mio. an Rohdiamanten aus den von der RUF beherrschten Gebieten Sierra Leones (Kono/Koidu, Tongo Fields und Kenema/Bo). Nach Angaben des *Diamonds High Council* in Antwerpen wurden 1999 aus Sierra Leone nur \$ 31 Mio. Diamanten exportiert, während die entsprechenden Exporte aus dem benachbarten Liberia, das weniger als 5% der Diamanten-Produktionskapazität Sierra Leones besitzt, auf \$ 298 Mio. stiegen. Das in dieser Sparte international führende südafrikanische Unternehmen De Beers betonte angesichts britischer Initiativen zum Boykott der angeblich über Liberia

exportierten „Blutdiamanten“, die Fragwürdigkeit dieser Kollaborationsvorwürfe gegenüber „Taylorland“. Der größte Anteil der über Liberia vermarkteten Diamanten stamme aus anderen Regionen (insbesondere Rußland), die mit falsch deklarierten Rohdiamanten die Steuer umgehen wollten. Das im Juli zwischen der RUF (*Revolutionary United Front*) Foday Sankohs und der Regierung in Freetown unterzeichnete Friedensabkommen erwies sich als Makulatur, da es allen betroffenen Konfliktparteien, inklusive der Taylorregierung in Monrovia, die heimlich Sankoh unterstützte, an politischem Willen zur Umsetzung des Abkommens fehlte.

Überregionale außenpolitische Beziehungen

Die Beilegung der Krisen in Westafrika beschäftigte nicht nur die betroffenen Konfliktparteien und die Regionalorganisationen (s. unten zur ECOWAS/ ECOMOG) sondern auch die Großmächte (zur Krisenpräventionspolitik Frankreichs und Englands s. ausführlich den Westafrika-Artikel in den Afrika-Jahrbüchern 1997/98). Mitte Oktober unternahm die amerikanische Außenministerin Madeleine Albright eine Afrikareise mit Schwerpunkt auf Westafrika (Guinea, Sierra Leone, Mali, Nigeria) bei der es nicht nur um Konfliktschlichtung sondern auch um Kontrolle des Drogenhandels, AIDS-Prävention, internationalen Terrorismus sowie um **Handelsförderung** ging. Das neu erwachte amerikanische Interesse an der Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika dokumentierte auch die lang erwartete Verabschiedung eines Freihandelsabkommens zwischen den USA und den Staaten des subsaharischen Afrika durch den U.S.-Senat am 3.11.; die Bedeutung dieses Abkommens unterstrichen der nigerianische Staatspräsident Olusegun Obasanjo und sein amerikanischer Kollege Clinton bei einem Besuch Obasanjos in Washington am 28.10.. Die Anwesenheit von 12 Staatspräsidenten, ca. 5.000 Regierungsangehörigen, Unternehmern etc. bei der offiziellen Eröffnung des einwöchigen 5. Gipfeltreffens des Afrikanisch-Afro-Amerikanischen Forums am 19.5. in Accra unter dem Titel „*Business, Trade and Investment*“, an dem auch der Sonderberater Clintons für Demokratisierung und Menschenrechtsfragen, Rev. Jesse Jackson, teilnahm, deutete ebenfalls auf die wachsenden Handelsinteressen der USA hin.

Fragen der Wirtschafts- und Handelsförderung sowie der Krisenprävention spielten auch eine zentrale Rolle bei dem Gründungstreffen der **Südafrikanischen-Nigerianischen Kommission** in der nigerianischen Hauptstadt Abuja im Oktober, das den Grundstein für ein neues **strategisches Bündnis** dieser beiden regionalen Supermächte legte, die zusammen mehr als 50% des BIP und über 25% der Bevölkerung des subsaharischen Afrika repräsentieren. Eine Delegation südafrikanischer Unternehmer, die kurz zuvor Nigeria besucht hatten, gab sich allerdings eher skeptisch was die Kooperation mit den „4.500 staatlichen nigerianischen Unternehmen“ anging, die „jedes

mindestens 10 Direktoren haben und eine Hauptquelle von Patronage und Korruption gewesen sind“.

Sozioökonomische Entwicklung

Eine am 31.12. veröffentlichte Langzeitstudie der OECD in Kooperation mit dem Club du Sahel über die **Wirtschaftsentwicklung Westafrikas bis zum Jahr 2020** zeichnete ein eher düsteres Bild. Die Ungleichgewichte zwischen Arm und Reich, Stadt und Land, Küsten- und Binnenstaaten sowie die daraus resultierenden Konflikte würden sich eher verstärken, wenn sich die regionale Kooperation und Integration nicht grundlegend verbessere und die Rentenökonomie in den betroffenen Ländern sich nicht nachhaltig zurückbildet. Die Küstenstaaten am Golf von Guinea (Nigeria und seine Nachbarn) bilden demnach weiterhin die wirtschaftliche „Lunge“ der Region, deren Entwicklung weitgehend von der des Wirtschaftsgiganten Nigeria abhängt. Die Zukunft der Binnenstaaten liegt nach dieser Studie weiterhin im Export von Arbeitskräften und Agrarprodukten in den regionalen Binnenmarkt.

Nach langjährigen Verhandlungen und Abschluß der Machbarkeitsstudien Mitte Mai unterzeichneten Benin, Togo, Nigeria und Ghana am 11.8. in Cotonou den Vertragsentwurf für den Bau der **Westafrikanischen Gas-Pipeline**, deren Bau im Prinzip bereits 1995 beschlossen und als bedeutender Schritt auf dem Weg der regionalen Integration gefeiert wurde. Gemäß dem Vertrag, einem *joint venture* Abkommen mit Chevron und Shell, soll das bislang zu mehr als 70% umweltschädigend abgefackelte Erdgas aus dem Niger Delta zur Energieerzeugung in den beteiligten westafrikanischen Küstenstaaten dienen. Hauptnutznießer wird Ghana sein, das 84% der Gesamtabgabemenge für die Elektrizitätsgewinnung in drei Gasgeneratoren konsumieren will (Togo 9%; Benin 7%). Bei einem geschätzten Investitionsvolumen von \$ 600 Mio. soll das Projekt nach Fertigstellung jährlich \$ 500 Mio. an Energiekosten einsparen und 18.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Streitigkeiten um die Führungsrolle in diesem Projekt, die ursprünglich bei Chevron lag, nun aber von der nigerianischen Regierung beansprucht wurde, sowie um Kostenverteilung und technische Durchführung kurz nach Vertragsunterzeichnung stellten die Durchführung der ca. 1000 km langen Pipeline aber wieder in Frage. Ein weiteres \$ 3,5 Mrd. Pipeline-Mammutprojekt, die **Tschad-Kamerun-Erdölpipeline** vom Doha-Ölfeld im Süden des Tschad durch Kamerun an die Atlantikküste, hatte zumindest indirekte Auswirkungen auf die westafrikanische Region. Das wegen seiner befürchteten Umweltschäden umstrittene Ölprojekt, mit dem nicht zuletzt Frankreich seinen starken Einfluß in der Region absichern wollte, schien mit dem im November angekündigten Rückzug von *Elf-Aquitaine* (s. Hintergrund-Artikel in diesem Jahrbuch) aus dem Förderkonsortium wegen mangelnder Rentabilität angesichts neuer gigantischer *off-shore* Erdölfunde vor den Küsten Nigerias gefährdet. Eine Rettung des Projektes versprach man sich von einer für das nächste Jahr in Aussicht gestellten Finanzierungszusage der Weltbank.

Regionalorganisationen

Die Zusammenkunft der westafrikanischen Staatschefs in Lomé vom 8. - 10.12. anlässlich der aufeinanderfolgenden Gipfeltreffen der miteinander konkurrierenden *Economic Community of West African States* (ECOWAS) und *Union Economique et Monétaire Ouest-Africain* (UEMOA) brachte einige wesentlich Neuerungen. Auf dem **22. ECOWAS-Gipfel**, an dem neun der 16 Staatschefs teilnahmen, drängte insbesondere der im Februar neu gewählte nigerianische Staatschef Obasanjo, mit frischem Elan die Lethargie jahrelanger Militärherrschaft der regionalen Vormacht durchbrechend, auf radikale Reformen. Obasanjo konstatierte, daß die Wirtschaftsgemeinschaft praktisch keine Fortschritte gemacht habe, seitdem er vor 20 Jahren zu letzten Mal als Staatschef an dem Gipfeltreffen teilgenommen habe. Westafrika sei heute noch nahezu ebenso getrennt in konkurrierende franko-, anglo- und lusophone Einflußzonen wie zur Kolonialzeit, mit zahlreichen ineffektiven und sich gegenseitig behindernden Parallelaktivitäten. Angesichts der Fortschritte der UEMOA bei der Währungsunion drängten **Nigeria und Ghana** die ECOWAS-Mitglieder, die Beschlüsse vergangener Jahre hinsichtlich der Währungsunion endlich umzusetzen. Mittelfristiges Ziel war eine einheitliche, frei konvertible unabhängige regionale Währung für alle westafrikanischen Länder. Als ersten Zwischenschritt beschlossen die Staatschefs die Einführung einer **zweiten gemeinsamen Währung neben dem F CFA** für die westafrikanischen Länder, die nicht der UEMOA angehören bis 2003. Darauf folgend sollte eine gemeinsame Währung für alle ECOWAS-Staaten, möglicherweise in Anlehnung an den F CFA, bis zum April 2004 realisiert werden. Auf einem Folgetreffen der zuständigen Finanzminister zwei Wochen nach dem Gipfeltreffen kamen Nigeria und Ghana überein, nicht länger auf die Nachzügler zu warten und sich vielmehr an die Spitze der ECOWAS zu stellen. Einem *fast-track approach* folgend, beschlossen sie die Finanz-, Handels- und Zentralbankpolitik der beiden Länder zu koordinieren und einen Konvergenz-Rat sowie ein Technisches Komitee zur Kontrolle und Durchführung der Beschlüsse einzusetzen. Ghana - hofiert durch die französische Regierung, die ihre Entwicklungshilfe für Ghana signifikant aufstockte (1999 fünf neue Projekte in Ghana im Wert von 53 Mio. Euro), um so den Einfluß des übermächtigen Nigeria einzudämmen - liebäugelte allerdings gleichzeitig mit einem Beitritt zur CFA-Zone. **Mauretanien**, das schon seit 16 Jahren chronisch mit seinen Beitragszahlungen zur ECOWAS im Rückstand war, nahm diese Beschlüsse zum Anlaß, und verkündete am 26.12. seinen **Austritt aus der ECOWAS**. Als offizielle Begründung führte die Regierung in Nouakchott ihre klare Präferenz für nationale Währungssouveränität und Erhalt der nationalen Währung (*Ouguiya*) an; es galt aber als offenes Geheimnis, daß dies nur ein Vorwand war, um eine stärkere Hinwendung zu den arabischen Ländern des Maghreb (*l'Union du Maghreb Arabe*, UMA; mit Algerien, Libyen, Marokko und Tunesien) und der vom libyschen Staatspräsidenten Ghadaffi seit

dem letzten OAU-Treffen in Syrte (Libyen) favorisierten *l'Union africaine* zu legitimieren.

Repräsentanten der Mitgliedsländer der ECOWAS diskutierten auf Expertentreffen im Vorfeld des Gipfeltreffens Mitte November in Lomé die Umsetzung bereits zwei Jahre zuvor getroffener Entscheidungen zur Einrichtung von „Beobachtungszonen“ zur **Krisenprävention** in den vier Mitgliedsstaaten Benin (Cotonou), Gambia (Banjul), Monrovia (Liberia) und Ouagadougou (Burkina Faso) angesichts mangelnder Effektivität der ECOMOG bei der Krisenprävention in Sierra Leone und Guinea-Bissau (s. Länderartikel). Anfang November beschlossen die Justizminister der ECOWAS bei einem Treffen in Abuja außerdem einen **Gerichtshof**, besetzt mit einem Präsidenten und sieben Richtern einzusetzen, der in Streitfällen zwischen Mitgliedstaaten entscheiden, und die Anwendung der Beschlüsse der Wirtschaftsgemeinschaft überwachen sollte. Der Vorsitz der ECOWAS, der normalerweise alle zwei Jahre wechselt, diese Amtsperiode aber wegen Streitigkeiten der Mitgliedsländer um rivalisierende Kandidaten auf je ein Jahr begrenzt war, ging auf dem Gipfeltreffen in Lomé vereinbarungsgemäß vom togoischen Staatspräsidenten Gnassingbé Eyadéma an den malischen Staatspräsidenten Alpha Oumar Konaré über.

Die acht frankophonen Mitgliedstaaten der **UEMOA** konstatierten auf ihrem am 8.12. in Lomé eröffneten 4. Gipfeltreffen, daß die Zeit der „fetten“ Jahre erst einmal vorüber ist. Das Wirtschaftswachstum der Union erreichte mit 3,3% das schwächste Resultat seit 1994 (dem Jahr der 50% F CFA-Abwertung). Die Konsolidierung der Staatshaushalte und Finanzen der Mitgliedsländer entsprach ebenfalls nicht den auf den positiven Vorjahresergebnissen gegründeten hochfliegenden Erwartungen. Das globale Zahlungsbilanzdefizit der Union das in den Jahren 1996-98 auf 4,5% des BIP begrenzt werden konnte, verschlechterte sich auf 5% bzw. F CFA 842,1 Mrd. im Jahre 1999. Die **Anbindung des F CFA** an den Euro ab 1.1. brachte für die betroffenen frankophonen westafrikanischen Staaten der UEMOA nicht nur Vorteile mit sich. Statt an den FF war der F CFA nun zu einem festen Kurs (1 Euro = 656 F CFA) an den Euro gebunden. Dies trug sicherlich zur Verbesserung des Investitionsklimas und des Handels zwischen der EU und den Ländern der CFA-Zone bei. Andererseits sahen sich die Rohstoffexportabhängigen Mitgliedsländer der UEMOA den **Vor- und Nachteilen eines gegenüber dem U.S. \$ nachgebenden Euro** ausgesetzt. Dadurch konnten sich zwar die traditionell in \$ oder £ gehandelten Rohstoffexporte besser auf den internationalen Märkten behaupten, andererseits verteuerten sich aber die Importe aus dem außer-europäischen Ausland (inklusive der Treibstoffimporte) sowie der Schuldendienst beträchtlich. Der F CFA, der 1994 um 50% abgewertet wurde, fiel, ebenso wie der Euro, innerhalb gut eines Jahres gegenüber dem \$ seit dem 1.1.99 um ca. 20% (von 1 Euro = 1,70 \$ auf 1 Euro = 1,12 \$). Angesichts der Verteuerung der Erdölimporte und weiter sinkender *terms of trade* für die landwirtschaftlichen Rohstoffexporte der Mitgliedsländer war eine baldige Besserung der Wirtschaftslage nicht in Sicht, zumal die angespannte innenpolitische Lage

in einigen Mitgliedsländern (Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau, Togo) die Beziehungen zu den internationalen Gebern, allen voran dem IWF, nachhaltig negativ beeinflusste.

Die **Bretton-Woods- Institute schraubten ihr finanzielles Engagement in der CFA-Zone signifikant zurück**. Der IWF gab 1999 wegen mangelnder Erfüllung der Strukturanpassungsaufgaben nur noch 115 Mio. (1998: 293 Mio.) Sonderziehungsrechte (DTS) für die CFA-Länder frei, was nun noch 30% der IWF-Gesamtüberweisungen an das subsaharische Afrika entsprach (1998: 50%) und kritisierte u. a. Korruption und zu hohe Militärausgaben in einigen CFA-Ländern. Das Engagement der Weltbank in der CFA-Zone sank von \$ 860 Mio. auf \$ 287 Mio., was in erster Linie auf den Rückgang der Strukturanpassungshilfe (\$ 88,1 Mio.; gegenüber \$ 565 Mio. 1998) zurückzuführen war, aber auch die Projekthilfe (\$ 199 Mio.; gegenüber \$ 296 und \$ 467 Mio. für die Jahre 1998 und 1997) betraf. Die Nettotransfers waren dadurch 1999 gerade noch positiv (\$ 31 Mio; gegenüber \$ 172 Mio. 1998).

Zudem empfand die Frankophonie die nigerianische Offensive zur Beschleunigung der Wirtschaftsintegration der ECOWAS als direkte Konkurrenz und potentielle Bedrohung der politischen Zukunft und wirtschaftlichen Eigenständigkeit der UEMOA bzw. der CFA-Zone. Um deren wirtschaftspolitische Vorreiterrolle in der Region nicht aufs Spiel zu setzen, versuchte man, den Integrationsprozeß innerhalb der Union durch **verstärkte multilaterale Wirkungskontrolle** und Überwachung der wirtschaftlichen Konvergenzkriterien bezüglich der Preisstabilität, des Haushaltsdefizits etc. stärker voranzutreiben. Das französische Schatzamt (*Trésor*), das die Stabilität des F CFA garantierte, zog die Daumenschrauben mit der Gründung des *Comité de convergence*, einer informellen Koordinationsinstanz zwischen dem *Trésor*, der UEMOA und der zentralafrikanischen Währungsgemeinschaft (CEMAC) an. Ersteres sollte die Möglichkeit schaffen, ab 2001 die CFA-Zone mit Hilfe von drei in ihrer Machtbefugnis gegenüber den einzelnen Mitgliedsländern gestärkten Zentralbank-Gouverneuren zu steuern. Gleichzeitig verschärfte Paris die **politisch-ökonomische Konditionierung** der Zusammenarbeit durch eine stärkere Bindung seiner Hilfe an die Einhaltung der Strukturanpassungskriterien des IWF (insbesondere Haushaltssanierung, Transparenz und Kampf gegen Korruption). Gleichzeitig zog sich Frankreich im September aus dem im Dezember 1976 zur Investitionsförderung der 13 frankophonen afrikanischen Mitgliedsländer gegründeten *Fonds de solidarité africaine* zugunsten einer gezielteren und als effektiver erachteten Subventionierung der UEMOA und deren Institutionen zurück.

Angesichts der angespannten Wirtschaftslage konnten nicht alle UEMOA-Mitgliedsländer die ab 1.1.2000 geplante Zollunion der Union mit einem einheitlichen Außenzolltarif wie vorgesehen einführen. Abgesehen davon, daß der gemeinsam Außenzoll ohnehin nur auf den Handel des formellen Sektors anwendbar war, der in Transitökonomien wie der Benins ohnehin nur den geringen Teil des Außenhandels

(inklusive Schmuggels) ausmachte, behinderten tarifäre- und nicht-tarifäre Handelshemmnisse nach wie vor den Austausch von Waren, Kapital und Menschen. Lansana Kouyaté, der Generalsekretär der ECOWAS, erinnerte auf dem Gipfeltreffen in Lomé daran, daß die nationalen Zoll-, Polizei- und Gesundheitsdienste noch immer allein zwischen Lagos und Abidjan (990 km) 69 Kontroll- und Abgabensperren errichteten; zwischen Cotonou und Niamey (1.035 km) waren es immerhin noch 34 und zwischen Abidjan und Ouagadougou (1.120 km) 37.

Dirk Kohnert

Chronologie Westafrika 1999

- 19.5. 5. Afrikanisch- Afro-amerikanisches Forum zur Förderung der Handelsbeziehungen in Accra eröffnet
- 11.8. Vertrag zum Bau der westafrikanischen Gaspipeline in Cotonou von Benin, Ghana, Nigeria und Togo unterzeichnet
- 17.11. ECOWAS-Experten entwerfen in Lomé Protokoll zur Konfliktprävention und -management
- 18.10. Westafrika-Reise der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright (Guinea, Mali, Nigeria, Sierra Leone)
- Okt. Südafrikanisch-Nigerianische Kommission in Abuja gegründet zum Aufbau eines strategischen Bündnisses zwischen beiden regionalen Supermächten
- Dez. Langzeitstudie der OECD/Club du Sahel zu Entwicklungsperspektiven Westafrikas bis zum Jahr 2020 veröffentlicht
- 8.-10.12. Gipfeltreffen der ECOWAS und UEMOA in Lomé
- 26.12. Austritt Mauretaniens aus der ECOWAS

Verzeichnis regionaler westafrikanischer Organisationen 1999:

- (1) **Accord de Non-Agression et d'Assistance en Matière de Defense (ANAD)**, gegründet Juni 1977 in Abidjan; 7 frankophone westafrikanische Mitgliedstaaten: Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Togo, (Benin, Beobachterstatus); Vorsitzender: Abdou Diouf (Staatspräsident, Senegal)
- (2) **Autorité du Bassin du Niger (ABN)**; gegründet: 1964; Sitz: Niamey (Niger); 9 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Kamerun, Mali, Niger, Nigeria, Tschad - Exekutivsekretär: Othman Mustapha (Nigeria)
- (3) **Autorité de Développement Intégré de la Région du Liptako-Gourma**; gegründet: 1972; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 3 Mitglieder: Burkina Faso, Mali, Niger - Generalsekretär: Isague Dembélé (Mali, ab 1996)
- (4) **Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO)**; gegründet: 1962; Sitz: Dakar (Senegal); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Niger, Senegal, Togo; - Gouverneur des Verwaltungsrates: Charles Konan Banny (Côte d'Ivoire; seit 1.1.94).
- (5) **Banque Ouest Africaine de Développement (BOAD)**; gegründet 1973; Sitz: Lomé (Togo); 7 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali (seit 1984), Niger, Senegal, Togo - Präsident: Yayi Boni (Benin)

- (6) **Commission du Bassin du Lac Tchad (CBLT)**; gegründet: 1964; Sitz: N'djamena (Tschad); 5 Mitglieder: Kamerun, Niger, Nigeria, Tschad, ZAR (seit 24.3.94) - Exekutivsekretär: Abubakar B. Jauro
- (7) **Comité Inter Etats de Lutte Contre la Sécheresse dans le Sahel (CILSS)**; gegründet: 1973; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 9 Mitglieder: Burkina Faso, Gambia, Guinea-Bissau, Kap Verde, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Tschad - Vorsitz: Gambia: Staatspräsident Yahya A.J.J. Jammeh (seit 12.09.97 für 3 Jahre)
- (8) **Conseil de l'Entente**; gegründet: 1959; Sitz: Abidjan (Côte d'Ivoire); 5 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Niger, Togo - Präsident: Staatschef M. Kérékou (seit August 1998)
- (9) **Club du Sahel**, gegründet 1976 unter Schirmherrschaft der OECD, Sitz, Paris; Beratungsgremium der CILSS-Länder
- (10) **Economic Community of West African States (ECOWAS) / Communauté Economique des Etats de l'Afrique de l'Ouest (CEDEAO)**; gegründet: 1975; Sitz: Abuja (Nigeria); 15 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo - Vorsitz: (Togo: Staatspräsident General Eyadéma ab 31.11.98; ab 10.12.99 der malische Staatspräsident Alpha Oumar Konaré; beide auf je ein Jahr gewählt); Exekutivsekretär: Lansana Kouyaté (Guinea, ab 1.9.97 für 4 Jahre)
- (10a) **ECOMOG (ECOWAS Ceasefire Monitoring Group)**; gegründet am 7.8.90 zur Kontrolle des Waffenstillstandsabkommens in Liberia; Mandat später auf Krisenprävention in der ECOWAS ausgedehnt.
- (10b) **Mediation and Security Council** of the ECOWAS; Sitz: Liberia; 10 Mitglieder: Benin, Côte d'Ivoire, Ghana, Gambia, Guinea, Liberia, Mali, Nigeria, Senegal, Togo; gegründet: 15.05.2000
- (11) **Mano River Union (MRU)**; gegründet: 1973; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 3 Mitglieder: Guinea, Liberia, Sierra Leone - Generalsekretär: Dr. Kabineh Koromah (Sierra Leone)
- (12) **Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Gambie (OMVG)**; gegründet: 1978; Sitz: Dakar (Senegal); 4 Mitglieder: Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Senegal - Generalsekretär: M.N. Diallo (Guinea)
- (13) **Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Sénégal (OMVS)**; gegründet: 1972; Sitz: Dakar (Senegal); 3 Mitglieder: Mali, Mauretanien, Senegal (Aufnahme von Guinea 1987 beschlossen, aber noch nicht vollzogen) - Präsident: mauretanischer Staatspräsident Maaouiya Ould Sid Ahmed Taya (ab April 98 - 2000); Hochkommissar: Ould Sidi Abdallah (ab Febr. 98)
- (14) **Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine (UEMOA / WAEMU)**; gegründet: 30.01.94; Sitz: Ouagadougou; 8 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau (ab Mai 97), Mali, Niger, Senegal, Togo. - Präsident: Moussa Touré (Senegal, ab 1996); Kommissariat mit 8 Kommissaren (je einer aus den Mitgliedsländern); Gerichtshof der UEMOA unter der Präsidentschaft von Donation Yves Yéhouessi (Bénin).
- (15) **West African Clearing House (WACH)**; gegründet: 1975; im Febr. 1993 ausgeweitet zur autonomen Organisation "West African Monetary Agency", Sitz: Freetown (Sierra Leone); 16 Mitgliedsländer: (wie ECOWAS) - Exekutivsekretär: Cheik S.B. Diao (Mauritanien)
- (16) **West African Examinations Council (WEAC)**; gegründet: 1975; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 5 Mitglieder: Gambia, Ghana, Liberia, Nigeria, Sierra Leone - Vorsitz: John Aby Kamara
West African Monetary Agency (s. West African Clearing House)
- (17) **West African Rice-growing Development Association (WARDA)**; gegründet: 1970; Sitz: Bouaké (Côte d'Ivoire); 17 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Liberia, Mali, Mauritanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad. Generalsekretär: Eugene Terry (Sierra Leone)